

Für eine starke Industrie in der Pandemie

11. September 2020

Zusammenfassung

- Die wirtschaftliche Krise in Deutschland ist noch nicht vorbei. Zwar war die erneute Belebung des Exportgeschäfts im Juli dieses Jahres ein gutes Zeichen für eine beginnende Erholung der deutschen Industrie. Gleichwohl liegen die Ausfuhren noch zwölf Prozent unter Vorkrisenniveau. Die Rückkehr zum Vorkrisenniveau wird bestenfalls anderthalb bis zweieinhalb Jahre benötigen; in einigen Schwellenländern sogar eher fünf Jahre, weil sehr viele Handelspartner tiefe Einbrüche erlitten haben.
- Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verfolgen den aktuellen Verlauf der Pandemie in Deutschland und in den europäischen Partnerstaaten mit höchster Aufmerksamkeit. Zug um Zug stellt sich eine neue Normalität im Umgang mit der Bedrohung durch Covid-19 ein. Industrielle Unternehmen haben sich branchenübergreifend schrittweise und mit großen Anstrengungen im Bereich der Hygienemaßnahmen auf einen Wiederhochlauf der Produktion und der Geschäftstätigkeiten erfolgreich vorbereitet. Ziel muss es sein, diese Entwicklung weiter zu stärken und im Falle eines erhöhten Infektionsgeschehens mit Umsicht zu reagieren und die wachsende wirtschaftliche Dynamik nicht zu beeinträchtigen.
- Die Wirtschaft muss davon ausgehen können, dass ein flächendeckender Lockdown ausgeschlossen werden kann. Planungssicherheit und Vertrauen sind unerlässlich für diese Phase der Stabilisierung. Nachdem der Staat mit verschiedenen Hilfsprogrammen zunächst eindrucksvoll seine Handlungsfähigkeit gezeigt hat, muss es jetzt darum gehen, die Resilienz der Wirtschaft mit gezielten Maßnahmen zu stärken und gleichzeitig den weiteren Umgang mit der Pandemie planvoll zu gestalten.

Vorwort

Der deutschen und europäischen Wirtschaft steht ein schwieriger Herbst bevor. Umso entscheidender wird es sein, dass Deutschland in der Lage ist, die anhaltende Pandemie ohne einen erneuten Lockdown zu meistern. Unter weiterhin strenger Einhaltung der bekannten Hygiene- und Abstandsregeln sowie der Maskenpflicht ist ein Leben mit dem Virus möglich, ohne dass ganze Volkswirtschaften lahmgelegt werden müssen. Die inzwischen etablierten und bewährten Arbeitsschutzmaßnahmen zum Schutz vor der Pandemie werden in den Unternehmen weiterhin mit Sorgfalt durchgeführt und überwacht, sodass industrielle Produktion in Deutschland grundsätzlich auch bei erhöhtem Infektionsgeschehen fortgesetzt werden kann.

Ausdifferenzierte Branchen- und Unternehmensstrukturen sowie verlässliche, faire und belastbare Wertschöpfungsverbünde sind ein Garant für dynamische Wettbewerbsvorteile der deutschen Industrie. Cluster und Netzwerkstrukturen, die steter Überprüfung und dynamischer Veränderung standhalten, haben besondere Bedeutung, um Kompetenzbündel und Synergien und damit Wettbewerbsvorsprünge entwickeln zu können. Strukturelle Veränderungen, die auch Standortentscheidungen erfordern, gilt es, partnerschaftlich zu gestalten, um Verwerfungen zu vermeiden. Unternehmen und Politik sollten gleichermaßen darauf hinwirken, Stärken am Standort zu erhalten – auch für einen in aller Breite erfolgreichen Wiederhochlauf.

Europa sollte ebenfalls aus den Erfahrungen der vergangenen Monate lernen. Statt unabgestimmter Grenzsicherungen sollten künftig regionale Schutzzonen um Infektionszentren einen weiterhin möglichst freien Personen- und Warenverkehr sicherstellen. Bereits geringste Beeinträchtigungen der Logistik- und Lieferketten würden zu erneuten Kapazitätsengpässen im Transportsektor, Produktionsstillständen und Versorgungsengpässen führen. Für die alltägliche Versorgung unserer Gesundheitssysteme und Produktionsstätten mit persönlicher Schutzausrüstung müssen erneute Exportbeschränkungen ebenfalls verhindert werden. Durch die seinerzeit von der EU im März 2020 verordneten europäischen Exportbeschränkungen wurden international gut eingespielte Lieferketten verzögert oder unterbrochen und medizinisches Personal sowie verschiedenste Produktionsstätten von dringend benötigten Corona-Schutzgütern abgeschnitten.

Angesichts der weiter voranschreitenden Pandemie ist die Sicherstellung eines national koordinierten Vorgehens der Politik mit einer einheitlichen Teststrategie und abgestimmten Schutzmaßnahmen unerlässlich. In den vergangenen Monaten haben unterschiedliche Zuständigkeiten auf Landes- und Kommunalebene zu ineffizienten Vorgängen, Verunsicherung angesichts unterschiedlicher Schutzmaßnahmen und Planungsunsicherheit bei den Unternehmen geführt. Für eine Steigerung der Testeffizienz und eine bessere Auslastung verfügbarer Kapazitäten bedarf es künftig national einheitlicher Zuständigkeiten, Verfahren und Testprozesse. Gleichzeitig muss es im Rahmen eines solch eng abgestimmten Vorgehens zwischen Bund und Ländern möglich sein, je nach Infektionsgeschehen, genug Freiraum für regional differenzierte Ansätze und Maßnahmen zu schaffen.

Für einen möglicherweise ab 2021 verfügbaren Impfstoff in Deutschland bedarf es darüber hinaus bereits jetzt eines umfassenden Konzepts für das Ausrollen der Impfstoffversorgung. Zu Beginn ist nicht mit einer ausreichenden Dosiszahl für die gesamte Bevölkerung zu rechnen. Entsprechend ist ein Verteilungskonzept mit ausreichendem zeitlichen Planungsvorlauf und klaren Kriterien für die vorrangig zu impfenden Personengruppen entscheidend.

Inhaltsverzeichnis

Außenwirtschaft	4
Logistik- und Lieferketten	5
Gesundheitswirtschaft und Arbeitsschutz	7
Digitalisierung und Innovation.....	8
Impressum	10

Außenwirtschaft

Gestärkt durch den weiteren Verlauf der Pandemie mit ...

- **...einer erhöhten Wiederaufnahme der Reisetätigkeit und des Luftverkehrs**

Die Möglichkeit zu reisen, ist eine fundamentale Voraussetzung dafür, dass Unternehmen die Chancen der internationalen Märkte nutzen und global Projekte durchführen können. Dies sichert Jobs in Deutschland. Hierzu bedarf es kalkulierbarer und zumutbarer Rahmenbedingungen für Auslandsreisen.

Daher sollte die Einreise für Geschäftsreisen nach Deutschland auch in der Praxis durchweg zugelassen werden und Quarantäne-Regeln bei Ein- und Rückreisen nach Deutschland inhaltlich und systematisch in allen Bundesländern einheitlich sein. Quarantänezeiten sollten durch ausreichende Testkapazitäten auf ein absolutes Minimum begrenzt werden; die Ausnahmetatbestände bei der Quarantäne für Geschäftsreisende sollten einheitlich sein. So sollte eine Befreiung von der Quarantänepflicht auch bei einem der etwa 160 Risikogebiete dann gelten, wenn vor und nach der Reise negative Coronatests vorgelegt werden können. Der Ersatz der pauschalen Reisewarnungen für 160 Länder ab dem 30. September 2020 durch eine nach tatsächlichen Infektionsherden differenzierende Betrachtungsweise begrüßt der BDI ausdrücklich.

Der Luftverkehr kann dann wieder vermehrt starten, wenn weiter bestehende Reisebeschränkungen aufgehoben oder genauer definiert werden, auch mit Drittstaaten. Dies sollte im Optimalfall in einem europäisch abgestimmten Regelungsmechanismus (ECDC) mit klaren Kriterien erfolgen. Dabei müssen Wege gefunden werden, mit denen sich Reisebeschränkungen aufheben lassen, etwa durch die Weiterentwicklung der Teststrategie oder landkreisgenaue Ausweisungen von Risikogebieten.

- **...optimalen Rahmenbedingungen für eine Diversifizierung internationaler Wertschöpfungsketten**

Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben eine bisher wenig beachtete Verwundbarkeit international vernetzter Wertschöpfungsketten deutlich werden lassen. Eine Neujustierung zur Erhöhung der Resilienz dürfte zu einer Diversifikation der Lieferketten führen. Die Reorganisation der Wertschöpfungsketten sollte jedoch den Unternehmen überlassen werden, die Risiken, Kosten und Handlungsbedarf in ihren jeweiligen Märkten am besten einschätzen können. Die EU oder die Mitgliedstaaten dürfen grundsätzlich nicht in diese Prozesse eingreifen. Primäre Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass diese Anpassungsprozesse möglichst effizient ablaufen können.

- **...offenen und fairen Märkten**

Die deutsche Industrie ist auf offene Absatzmärkte angewiesen. Um das in einem zunehmend protektionistischeren Umfeld sicherzustellen, braucht die EU Freihandelsabkommen mit strategisch wichtigen Handelspartnern – dazu gehören auch die Abkommen mit dem Mercosur, die Economic Partnership Agreements (EPAs) mit den AKP-Staaten und die Vertragsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich. Nur dann können Barrieren für die deutsche und europäische Industrie nachhaltig abgebaut werden. Um die Resilienz der deutschen Industrie zu stärken und zu erhalten, bedarf es einer dem europäischen Interesse angemessenen Anwendung der außenhandelspolitischen Instrumente.

- **...der Modernisierung der Exportkreditversicherungen und des OECD-Konsensus**

Die Exportmärkte werden nach Corona-Pandemie nicht mehr die Gleichen sein wie zuvor. Wegen einer weltweiten Liquiditätsklemme werden die ausländischen Kunden Finanzierungsleistungen benötigen. Deshalb müssen die Instrumente der Exportkreditversicherung neu ausgerichtet werden. Kurzfristig geht es um die Verbesserung bei der Fabrikationsrisikodeckung, Einführung einer Forfaitierungsgarantie für die Banken und die befristete Einführung einer 100 %-Hermesdeckung sowie die Ausnutzung der Möglichkeiten des OECD-Konsensus hinsichtlich des Verzichtes auf die Anzahlung auf die mitgedeckten örtlichen Kosten.

- **...der Aufrechterhaltung der kurzfristigen Ausfuhrleistungsgewährleistungen und Entfristung des KfW-Programmes zur Refinanzierung**

Da private Kreditversicherer bereits ankündigen, ihr Engagement aufgrund der aktuellen Bonitätsentwicklung zurückzufahren, ist die Aufrechterhaltung der kurzfristigen Ausfuhrleistungsgewährleistungen auch für OECD-Risiken für die deutsche Exportwirtschaft entscheidend. Das Ende 2020 auslaufende KfW-Programm zur Refinanzierung bundesgedeckter Exportkredite leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbssituation deutscher Exporteure und sollte entfristet werden.

- **...einer Verlängerung des Schutzschirmes für die Warenkreditversicherer**

Eine Verlängerung des Schutzschirmes über den 31. Dezember 2020 hinaus ist geboten, weil die Insolvenzantragspflicht beim Tatbestand der Überschuldung bis zu diesem Datum ausgesetzt ist und der Schutzschirm zeitlich nachlaufen sollte. Es sollte darauf geachtet werden, dass der Schutzschirm weiterhin sein Ziel erreicht, dass die Warenkreditversicherer ihre Limite halten. Die Limite der Kreditversicherer decken unter anderem rund 15 Prozent der deutschen Ausfuhren und tragen damit erheblich zur Sicherheit der deutschen Exportwirtschaft und Aufrechterhaltung der Wertschöpfungs- und Handelsketten bei.

- **...dem Hochfahren des Auslandsmesseprogrammes (AMP) und des Markterschließungsprogrammes (MEP)**

Die Programme AMP und MEP unterstützen deutsche Unternehmen auf neu identifizierten Zielmärkten und bei veränderten Nachfragestrukturen. Die Programme sind wichtig, um die Unternehmen bei einem schnellen Wiedereinstieg in ihre Exportaktivitäten nach der akuten Corona-Krise zu unterstützen. Das MEP hat 2019 einen Mittelaufwuchs erfahren. Es ist für das Hochfahren daher essenziell, den Etat beizubehalten. Die Sicherung und bei Bedarf Ausweitung des Etats ist auch für das AMP unabdingbar.

- **...der Aufrechterhaltung von Rohstoffmärkten**

Rohstoffe stehen am Anfang jeder Wertschöpfungskette. Sie sind als Basis jeglicher industriellen Produktion unabdingbar. Die Covid-19-Pandemie führt bei der Versorgung mit Rohstoffen zu spürbaren Störungen. Laut einer aktuellen BDI-Umfrage gehen fast 70 Prozent der befragten Unternehmen von mittel- bis langfristigen Beeinträchtigungen aus – vor allem durch Unterbrechungen der Lieferketten. Zur Erhöhung der Resilienz setzen die Unternehmen auf unternehmerische Lösungen, wie die eigene Lagerhaltung von Rohstoffen. Es bedarf jedoch einer stärkeren politischen Unterstützung dieser unternehmerischen Entscheidungen, etwa durch steuerliche Anreize für die Lagerhaltung und die Entwicklung gemeinsamer europäischer Lösungsansätze. Die Bundesregierung sollte dies im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft berücksichtigen.

Logistik- und Lieferketten

Gestärkt durch den weiteren Verlauf der Pandemie mit ...

- **...einem EU-weit möglichst einheitlichen Grenzregime**

Ein funktionierender europäischer Binnenmarkt mit leistungsfähigen Lieferketten setzt freie grenzübergreifende Verkehrs- und Warenströme voraus. Geschlossene Grenzen, aufgrund sehr unterschiedlicher Grenzregime der EU-Mitgliedsstaaten, behindern den freien Waren- und Personenverkehr und haben unter Umständen gravierende Folgen für die Industrie. Kapazitätsengpässe, Produktionsstillstände sowie Versorgungsengpässe können die Folge sein. In diesem Zusammenhang sind auch pauschale Reisewarnungen, die sich auf ganze Länder beziehen, äußerst kritisch zu sehen. Stattdessen sollten sich Eingriffe in den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr eher an regionalen Infektionsgeschehen als an pauschalen Warnungen orientieren. Regionale Schutzzonen um Infektionszentren sollten somit Vorrang vor Grenzsicherungen haben. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft gegen unkoordinierte Grenzsicherungen in der EU wehren und sich für ein abgestimmtes europäisch einheitliches Grenzregime, mit Fokus auf regionale

Infektionsherde, einsetzen. Es gilt, ausreichend Testkapazitäten bereitzustellen und einen effizienten Einsatz der vorhandenen Kapazitäten zu gewährleisten.

▪ **...internationalen Messen**

Darüber hinaus sind für den Hochlauf der global vernetzten Wirtschaft dringend auch wieder internationale Fachmessen zu ermöglichen, um Geschäftsabschlüsse und die Leistungsschau neuer Technologien zu ermöglichen. Voraussetzung für internationale Messen ist nicht nur, deren Durchführung zu ermöglichen, sondern auch dem internationalen Publikum eine Einreise zu ermöglichen. Eine Abschottung globaler Märkte durch erschwerte Einreisebestimmungen kann langfristig zu Standortnachteilen für die einheimische Wirtschaft und so zu Wohlstandsverlusten für die gesamte Gesellschaft führen, beispielsweise wenn Fachmessen unwiederbringlich ins Ausland abwandern sollten. In Deutschland finden zwei Drittel der weltweit größten Leitmessen statt und hier befinden sich vier der zehn größten Messestandorte der Welt. Durch die Pandemielage darf dieses Alleinstellungsmerkmal nicht beschädigt werden.

▪ **...der Öffnung internationaler Drehkreuze im Luftverkehr**

Es bedarf internationaler Kooperation von Regierungen und Unternehmen bei der schrittweisen Lockerung von Reiserestriktionen, insbesondere von und in die USA als wichtigstem Exportmarkt der deutschen Wirtschaft. So ist zügig der interkontinentale Flugverkehr auf besonderen Hauptdestinationen zwischen Deutschland und Drittstaaten, v. a. zwischen den USA und Deutschland (z. B. von Frankfurt (FRA)/München (MUC) nach Chicago (ORD)/New Jersey (EWD)/Boston (BOS)/Los Angeles (LAX) und vice versa) wieder aufzunehmen. Zusätzliches Vertrauen in den sicheren Luftverkehr kann hierbei die Einführung eines verbindlichen Covid-19-Testprogramms für alle Passagiere im Einklang mit Gesundheitsschutzmaßnahmen der USA bringen.

▪ **...einer international koordinierten Luftfrachtlogistik**

Unterschiedliche Einreise- und Quarantänebestimmungen in den Zielländern haben auch massive Auswirkungen auf die Aufrechterhaltung der Luftfrachtlogistik. Die unterschiedlichen Herangehensweisen an zentral wichtigen Flughäfen in Drittstaaten behindern den Flugverkehr und damit auch eine funktionierende Luftfrachtlogistik. Im internationalen Luftverkehr mit Drittstaaten ist daher auf eine reibungslose Gesamtabwicklung, mithilfe internationaler Koordination bei Einreisebeschränkungen und Quarantänemaßnahmen mit EU-Drittstaaten sowie reziproker Ausnahmeregelungen und Gesundheitsschutzmaßnahmen, hinzuwirken. Die Gesamtabwicklung des Passagier- und Luftfrachtverkehrs (z. B. Zoll, Security etc.) muss einheitliche Regelungen in enger Abstimmung unter den Staaten umfassen, z. B. in Bezug auf Crews, Slots, Abfertigung, Zoll, Security und Zulieferverkehre.

▪ **...Stresstests vor Rücknahme von Erleichterungen**

Im Bereich Güterverkehr und Fahrpersonal bestehen derzeit noch zahlreiche kurzfristig eingeführte Erleichterungen in Form eines behördenseitigen Verzichts auf fristgerechte Verlängerungen unterschiedlichster Bescheinigungen und Genehmigungen, wie beispielsweise die Eintragung der Schlüsselkennzahl 95 auf dem Kartenführerschein bei Berufskraftfahrern. Beim Wegfall solcher temporären Erleichterungen ist dafür Sorge zu tragen, dass die Behörden nicht schlagartig mit einer Flut aufgestaunter Anträge konfrontiert sind und sich für die Antragsteller lange Wartezeiten ergeben. Grundsätzlich sollte, bevor die Rücknahme einer bestimmten Erleichterung erwogen wird, ein Stresstest durchgeführt werden, der darüber Auskunft gibt, mit welchem Zeitbedarf und in welcher Flächenabdeckung (koordinativer Aufwand zur Gewährleistung der Einheitlichkeit zwischen Kommunen, Ländern bzw. innerhalb des EU) die jeweilige Erleichterung politisch-administrativ wieder in Stand gesetzt werden kann.

Gesundheitswirtschaft und Arbeitsschutz

Gestärkt durch den weiteren Verlauf der Pandemie mit ...

▪ ...bundesweiter Koordination bei der Pandemieplanung

Unterschiedliche Regularien und Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen erschweren die Pandemiebekämpfung in den Unternehmen. Hier bedarf es einer deutlich besseren Abstimmung und Umsetzung der Pandemieschutzpläne mit einheitlichen Maßnahmen, die nach den jeweiligen Bedarfen des regionalen Infektionsgeschehens zur Anwendung kommen. Die Beschlüsse der Bund-Länderkonferenz vom 27. August 2020 sollten nun zügig umgesetzt werden. Die industrielle Gesundheitswirtschaft sollte in diese Dialogprozesse eng eingebunden werden, um die für die Pandemiebewältigung nötigen Produkte und Leistungen zielgerichtet zur Verfügung stellen zu können.

▪ ...einer Überarbeitung der nationalen Teststrategie

Insgesamt muss intensiver und einheitlicher getestet werden, abhängig von Risikogruppen und lokaler Betroffenheit. Weniger Tests und mehr Quarantänepflichten wären die falsche Strategie für die deutsche Wirtschaft. Testkapazitäten lassen sich durch die Einbindung privater Dienstleister und neue Testmethoden deutlich ausweiten, Hygienekonzepte durch innovative Lösungen verbessern, etwa in der Desinfektion oder Luftfilterung.

Es darf nicht dazu kommen, dass Betrieben der Produktionsstopp droht, weil sich ihre Beschäftigten in Quarantäne begeben müssen aufgrund mangelnder Testkapazitäten, langwieriger Befundübermittlung per Fax und Telefon sowie lückenhafter Absprachen mit überlasteten Hausärzten und Gesundheitsbehörden. Beschäftigte müssen schnellstmöglich die erforderliche Gewissheit erhalten.

▪ ...einer Stärkung der Wertschöpfungsketten für medizinische Produkte am Standort Europa

Europas Versorgung mit medizinischen Gütern soll bei künftigen Pandemien weniger abhängig von singulären Lieferketten aus Nicht-EU-Staaten sein. Dieses Ziel sollte durch zwei unterschiedliche Maßnahmenblöcke verfolgt werden:

Zum einen durch eine strategische Notfallreserve in Europa. Sie sollte sich aus zwei Elementen zusammensetzen: Erstens einer aktiven Bevorratung von Pandemieschutzgütern (z. B. Atemschutzmasken) und Medikamenten. Zweitens dem Vorhalten von Produktionskapazitäten für diese (Vor-)Produkte in Form von Public Private Partnerships mit Unternehmen, die über entsprechendes Know-how verfügen. Damit könnte im Pandemiefall die Akutphase überbrückt werden, in der entsprechende Güter am Weltmarkt nicht im ausreichenden Maße verfügbar sind.

Zum anderen durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Gesundheitswirtschaft (iGW) am Standort Europa: Die europäische iGW ist auf globale Wertschöpfungsketten angewiesen, um international wettbewerbsfähig sein. Wertschöpfung für innovative Produkte und medizinische Schlüsseltechnologien können nur dann dauerhaft in Europa stattfinden, wenn die industriepolitischen Rahmenbedingungen (z. B. Innovationsförderung, Bürokratieaufwand, Digitalisierung) gegenüber anderen Standorten wettbewerbsfähig sind. Der Aufbau künstlicher, von staatlichen Subventionen abhängiger Produktionskapazitäten muss vermieden werden. Es bedarf jetzt eines Industriepaktes pro europäische iGW von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, um gezielt industriepolitisch Wettbewerbsfaktoren zu verbessern und auszubauen.

Digitalisierung und Innovation

Gestärkt durch den weiteren Verlauf der Pandemie mit ...

- **...Investitionen in die Zukunft**

In der Krise und darüber hinaus muss es mit Hilfe verschiedener Finanzierungsinstrumente (u. a. Risiko- und Wachstumskapital) und Förderprogramme gelingen, Unternehmen jeder Größenordnung bedarfsgerecht mit Liquidität für ihre Forschungsanstrengungen zu versorgen. Dies gilt für das gesamte deutsche Innovations- und Digitalisierungsökosystem, einschließlich der vielversprechenden deutschen Startups, die mit teilweise dramatischen Finanzierungsengpässen zu kämpfen haben. Der Innovationsfluss darf nicht unterbrochen werden, denn ein Wiederanlaufen würde Jahre benötigen. Trotz der eingeschränkten Handlungsspielräume des Staates muss politisch dafür Sorge getragen werden, dass der Staat nicht die langfristige Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland mit Hilfe des vereinbarten 3,5-Prozent-Ziels aus den Augen verliert. Die unmittelbare und wirksame Reaktion der Bundesregierung auf die Krise ist ein Erfolg wissenschaftsgeleiteter Politik und funktionierender Institutionen. Auch für die Erforschung des Virus und die Impfstoffforschung sind schnell hohe Budgets mobilisiert worden. Diese faktenbasierte Agilität staatlichen Handelns muss über die Covid-19-Krise hinaus für den Forschungsstandort bewahrt werden.

- **...sicheren, vertrauenswürdigen und leistungsfähigen digitalen Netzen in der Fläche**

Die Netze in Deutschland haben den Stresstest ohne Zweifel erfolgreich bestanden. Zugleich verdeutlicht die Corona-Pandemie, wie wichtig sichere, vertrauenswürdige und leistungsfähige digitale Netze in der Fläche sind: Mobiles Arbeiten, digitale Lehre und Verwaltung, Telemedizin und die smarte Fabrik wären ohne sie nicht möglich. Kurzum: Sie bilden die Schlagader der modernen Gesellschaft – gerade in Krisenzeiten. Umso erfreulicher ist es, dass die Koalition im Beschluss vom 3. Juni 2020 vereinbart hat, den Netzausbau voranzutreiben und innovative Unternehmen bei der Entwicklung und Erprobung neuer, softwaregesteuerter Netztechnologien gezielt zu fördern. Die Betreiber von Telekommunikationsnetzen stehen jedoch neben dem Zugang zu vertrauenswürdigen Technologien aktuell noch vor einem anderen Dilemma: Bei den 4G- und 5G-Frequenzauktionen sind sie Ausbaupflichtungen eingegangen. Gleichzeitig hat der Gesetzgeber die für den Ausbau notwendigen Cybersicherheitsanforderungen noch immer nicht formuliert. Um den zügigen Ausbau von öffentlichen 4G- und 5G-Netzen sowie 5G-Campusnetzen zu ermöglichen, braucht es die notwendige Investitionssicherheit, die erst durch die Einführung verbindlicher, herstellerunabhängiger Sicherheitsanforderungen geschaffen wird.

- **...europäischer digitaler Resilienz und Souveränität**

Der Bedarf nach europäischer digitaler Resilienz und Souveränität bei weiterhin bestehender marktöffener Kooperationsbereitschaft wächst vor dem Hintergrund der zunehmenden technopolitischen Blockbildung. Die Corona-Krise verdeutlicht die Bedeutung leistungsfähiger und vertrauenswürdiger Cloud-Infrastrukturen für die Aufrechterhaltung von Unternehmens- und Verwaltungsprozessen in Krisenzeiten. Mit GAIA-X geht die Bundesregierung einen wichtigen Schritt in Richtung größerer Souveränität, der europäisch vorangetrieben werden muss. Auch die Diskussion rund um Corona-Warn-Apps hat verdeutlicht, dass nicht nur eine bedeutende Abhängigkeit von einigen wenigen ausländischen IT-Unternehmen bei der Implementierung derartiger gesellschaftlicher Wiederbelebungsinstrumente besteht, sondern wir in Europa grundsätzlich an der Rückgewinnung unserer digitalen Souveränität arbeiten müssen.

- **...europäisch vernetzten Corona-Warn-Apps**

Die verschiedenen Corona-Warn-Apps der EU-Mitgliedsstaaten müssen schnellstmöglich interoperabel gemacht werden, damit auch Grenzgänger und entsandte Mitarbeiter die Apps einfach nutzen können und eine entsprechende Kontaktnachverfolgung möglich ist. Neben gemeinsamen Kommunikationsanstrengungen und Aufklärungsarbeit sind alle gesellschaftlichen Akteure gefordert, den Erfolg der deutschen App zu unterstützen und für deren Nutzung weiterhin intensiv zu werben, damit die Corona-Warn-App auch Bestandteil des Unternehmensalltags wird.

▪ **...einem digitalen Staat, der dem technischen Stand einer führenden Industrienation entspricht**

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) muss mit hoher Priorität erfolgen. Für die Umsetzung müssen Lösungen schnell in die Fläche gebracht, Verwaltungsdienstleistungen elektronisch angeboten, eine medienbruchfreie Kommunikation ermöglicht und ein einheitliches bundesweites Servicekonto eingeführt werden. Wie im Konjunkturpaket der Bundesregierung richtigerweise herausgestellt, sollte die konsequente Digitalisierung von Registern – sinnvollerweise unter Nutzung von Distributed Ledger Technologien (DLT), wie Blockchains – deutlich forciert werden. Auch die Einführung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer in Verbindung mit dem Aufbau eines Basisregisters für Unternehmensstammdaten ist von großer Bedeutung. In der öffentlichen Verwaltung müssen die IKT-Ausstattung und die Digitalisierung von Prozessen nun noch stärker als je zuvor vorangetrieben werden.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Ansprechpartner

Matthias Krämer
Abteilungsleiter
Strategische Planung und Koordination
T: +49 30 2028-1421
m.kraemer@bdi.eu

Julia Callies
Referentin
Strategische Planung und Koordination
T: +49 30 2028-1446
j.callies@bdi.eu

Dokumentenummer: D1232